

Erzugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindendstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Sonnabend

18. Juli 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindendstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Die Räumung der drei Rheinhäfen.

Grundsätzliche Einigung zwischen Paris und Brüssel.

Paris, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die am Freitag gebrachte Meldung, daß die Räumung der drei Städte Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort offiziell beschlossen worden sei, wird jetzt dahingehend richtiggestellt, daß eine formelle Entscheidung zwar noch nicht gefallen sei, daß aber die französische und belgische Regierung übereingekommen seien, den übrigen alliierten Kabinetten diese Räumung vorzuschlagen. An der Zustimmung Italiens und Englands ist nicht einen Augenblick zu zweifeln.

Recklinghausen, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Abmarsch der französischen Truppen aus Recklinghausen (18. Dragonerregiment) ist Samstag vormittag erfolgt. Der Abmarsch der Truppen erfolgte ohne Zwischenfall. Um 9 1/2 Uhr vormittags war Recklinghausen geräumt.

Hattingen, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach Mitteilung der Befehlsführung wird der Abmarsch der in Hattingen liegenden Truppen am Montag vormittag erfolgen.

Gelsenkirchen, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Quartierübernahmeverhandlungen in Gelsenkirchen sind beendet. Nach Mitteilung der Befehlsführung wird Gelsenkirchen am Montag vormittag geräumt. Die in Gelsenkirchen liegenden Truppen, das 24. Infanterieregiment sowie die 36. Autokompagnie werden nach Eilten-Essen abziehen und von dort auch nach Frankreich verladen werden.

Nach mehr als zweieinhalbjähriger vertragswidriger Fremdherrschaft schlägt endlich für die Bevölkerung von Essen, Bochum, Gelsenkirchen, Recklinghausen und Umgebung die Stunde der Befreiung. Gewiß, die schlimmste Zeit der Bedrückung durch das fremdländische Militär ist schon lange vorüber gewesen. Bald nach dem Wahlerfolg der französischen Linken setzte der Abbau der ursprünglichen Unterdrückungsmaßnahmen ein und seit dem Inkrafttreten des Dawes-Plans glück das zunächst rein militärische Besatzungsregime des Ruhrgebietes im allgemeinen dem relativ geordneteren des vertraglich besetzten Rheinlandes. Immerhin bedeutete die Fortdauer der Besetzung nahezu 11 Monate nach der Annahme des Sachverständigengutachtens eine Härte, die von allen Parteien des deutschen Volkes bitter empfunden wurde. Mägen auch einzelne Gewerbetreibende, Gastwirte und dergleichen aus der Anwesenheit französischer und belgischer Garnisonen profitiert haben, so mußte die große Masse der Bevölkerung moralisch und materiell unter dieser fortwährenden Besetzung erheblich leiden. Die im Industriegebiet besonders große Wohnungsnot wurde durch die Zehntausende von französischen und belgischen Soldaten katastrophal gesteigert, zumal das Ruhrgebiet bekanntlich früher keine deutschen Garnisonen und folglich auch keine Kasernen besaß. Die Unterbringung einzelner Truppenteile in Schulgebäuden führte zu einer völligen Desorganisation des Schulwesens in den meisten Städten. Mag auch seit einem Jahr das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Besatzung, besonders gemessen an den ersten Monaten des passiven Widerstandes, ein erträgliches geworden sein, so wird dennoch der Abzug der Truppen von allen Teilen der Bevölkerung mit einem allgemeinen Aufatmen begrüßt werden.

In dieser Stunde der Befreiung ist es durchaus am Platze, das deutsche Volk daran zu erinnern, welchen Parteien und welcher Politik es diese Entwicklung verdankt. Darüber, daß die Schuld an der Besetzung des Ruhrgebietes keineswegs ausschließlich auf Seiten Poincarés zu suchen ist und daß auch deutsche politische und wirtschaftliche Kräfte einen schweren Anteil an Verantwortung tragen, braucht man heute kaum mehr viele Worte zu verlieren. Aber dieselben politischen und wirtschaftlichen Kräfte, die dieses nationale Unglück mit verschuldet haben, hätten niemals die Befreiung dieser neubefreiten Gebiete zuwege gebracht. Wenn man ihren Ratsschlüssen gefolgt wäre, dann würde das Ruhrgebiet noch auf unabsehbare Zeit einer ebenso rücksichtslosen Besetzung wie in den ersten Monaten ausgeliefert sein. Ein einziges Wort genügt, um das auf friedlichem Wege Erreichte richtig zu werten: das Wort der „Versackungspolitik“, jene wahnwitzige Parole, die unter Beifall der Deutschnationalen vom Duisburger Oberbürgermeister Dr. Jarres ausgegeben wurde, der später der erste Kandidat des Reichsblocks bei der Reichspräsidentenwahl wurde. Die „Versackungspolitik“ hätte zu Nord und Lothringen, zu allgemeiner Verelendung und schrankenloser Unterdrückung, außerdem zur Zerstückelung der Reichseinheit, niemals aber zum Abzug der französischen und belgischen Truppen geführt.

Die Befreiung ist aber das Werk derer, die nicht allein den Wahnsinn der Versackungstheorie verhindert haben, sondern auch die Unterzeichnung des Dawes-Paktes durchgesetzt haben: in dem einen wie in dem anderen Falle war es die deutsche Sozialdemokratie, die in führender Weise die deutsche Politik in die richtigen Bahnen lenkte. Wenn nun urteilslose Gemüter aus der Tatsache, daß die Räumung unter einer Rechtsregierung erfolgt, schließen wollten, daß die von der Sozialdemokratie so oft geschilderten außenpolitischen Schwierigkeiten im Falle der Bildung eines Rechtskabinetts in Deutschland ausgeblieben seien, so ist die Antwort darauf sehr einfach: die Räumung konnte nur erreicht werden dadurch, daß die Deutschnationalen unter Verleumdung ihrer gesamten früheren Parolen zunächst die Abstimmungskommission des 29. August 1924 aufführten und auch später, nachdem sie

Regierungspartei wurden, ganz artig jene Erfüllungspolitik mitmachten, derentwegen sie einst Erzberger und Rathenau zu Tode hegten. Das Angebot des Sicherheitspaktes, an dem sie beteiligt sind, geht sogar weit über das hinaus, was die vielgeschmähten Erfüllungspolitiker der früheren Jahre getan haben. Dieses Angebot hat sicherlich dazu beigetragen, die Durchführung der Londoner Abmachungen zu erleichtern. Wenn nun, wie oben gemeldet wird, auch die drei Rheinhäfen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort unmittelbar anschließend an das Ruhrgebiet geräumt werden, so wird damit nur — allerdings erst nach mehr als vier Jahren — der Schaden wieder gut gemacht, den die erste „sozialistenreine“ Reichsregierung einst angerichtet hat. Auch die Räumung der Kölner Zone wird hoffentlich noch in diesem Sommer erfolgen, auch sie ist nur auf dem Wege der Erfüllungspolitik, durch Ausführung der Entwaffnungsnote zu erreichen.

Ob alle diese Räumungen einschließlich der Befreiung der ersten Zone, nicht schon längst erreicht werden konnten, wenn nicht zu Beginn dieses Jahres die Bildung einer reaktionären Regierung in Deutschland neue Spannungen und neues Mißtrauen hervorgerufen hätte, ist eine Frage, die man allerdings mit gutem Gewissen bejahen kann.

Neue Fortschritte der Kabylen.

Sabotageversuche in Casablanca.

Paris, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Meldung des Sonderkorrespondenten des „Daily Mail“, ist es den Truppen Abd el Krim gelungen, die strategisch außerordentlich wichtige Straße von Fez nach Ain Nischa in einer Breite von 6 Kilometer in ihren Besitz zu bringen. Die Situation der französischen Garnison in Ain Nischa scheint dadurch sehr kritisch geworden zu sein.

Aus Casablanca wird gemeldet, daß am Freitagabend ein neuer Anschlag entzündet worden ist, dessen Ziel es war, das dortige Fliegerlager in Brand zu stecken. Dank der Vorsichtsmaßnahmen, die infolge eines kürzlich entdeckten Anschlages getroffen waren, war es möglich, den Brand schnellstens zu löschen.

Kein französisches Friedensangebot.

Paris, 18. Juli. (Z. U.) Der „Matin“ erklärt sich zu der Feststellung ermächtigt, daß Frankreich und Spanien keine Unterhändler mit Friedensvorschlüssen in das Hauptquartier Abd el Krim entsenden werden. Beide Mächte seien überzogen gekommen, Abd el Krim wissen zu lassen, daß es bei ihm stehe, sich durch seinen Agenten in Tanger über die Friedensbedingungen der beiden Staaten zu erkundigen. Die Entsendung spanisch-französischer Unterhändler komme erst nach Eröffnung von Vorbesprechungen in Betracht, zu denen die Anregungen von Abd el Krim ausgehen müsse.

Verwirrung im Zollblock.

Noch keine Einigung über die Vorlage.

Auch im Laufe des gestrigen Tages ist es zwischen den Regierungsparteien nicht zu einer Einigung über die Zollvorlage gekommen. Das Zentrum hat seine Entscheidung in dieser Frage immer noch nicht getroffen.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat sich die Zentrumsfraktion des Reichstages zwar gestern mit der Zollvorlage beschäftigt, doch ist ein Beschluß nicht gefaßt worden. Die Zentrumsführer wurden vielmehr beauftragt, noch einmal mit den Führern der übrigen Parteien Fühlung zu nehmen. Das Zentrum selbst dürfte, da eine einheitliche Stellungnahme der Fraktion aus den gestrigen Beratungen nicht hervorging, die zweite Lesung vorläufig ohne Entscheidung vorübergehen lassen und sich erst kurz vor Beginn der dritten Lesung über ihre Stellungnahme schlüssig machen.

Industriezölle im Reichsausschuß.

Im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages wurde am Sonnabend mit dem Rest der Industriezölle begonnen. Bei den Zöllen auf Leder gelang es dem Genossen Breg, mit seinen guten Gründen das Zentrum zu bewegen, selbst einen vermittelnden Antrag auf Herabsetzung des Zollfußes für Lederabfälle zu stellen. Dieser Antrag wurde denn auch mit großer Mehrheit angenommen, trotzdem sich die Regierung wiederholt dagegen ausgesprochen und versprochen hatte, das im endgültigen Zolltarif nach dem Sinn der Antragsteller regeln zu wollen. Auch des Kautschuks und der Kautschukverarbeitung nahm sich Genosse Breg mit großer Wärme an, nur stieß er dabei auf so wenig Anteilnahme der Regierungsparteien, daß er erklärte, er müsse sich bei einem solchen Verhalten dem Urteil derjenigen anschließen, die stündig in diesem Ausschuss sind, daß nämlich die Regierungsparteien gar keine Verhandlungen wollten, weil ihre Beschlüsse schon längst festständen. Davon werde er aber der verarbeitenden Industrie eine entsprechende Mitteilung machen, damit sie sehe, wie und von wem ihre Interessen verrieteten würden. Im übrigen war bemerkenswert, daß bei dieser Gelegenheit die Regierung erklärte, es solle in Deutschland zu künstlicher Kautschukherstellung übergegangen werden.

Gegen die Zölle auf Holz und alle Arten von Holzwaren sprach Genosse Bogel in ausführlicher Weise, unterstützt im einzelnen von einer Reihe anderer Genossen. Darauf folgte die Gruppe Celluloid, zu der Genosse Wiffel sprach.

Am Montag wird mit den letzten Industriezöllen aufgeräumt, dann soll die Agrardebatte beginnen.

Warum Mietsteigerung?

Für Hausagrarier und Besitztumslastung.

Die Beschlüsse des Steueraususses zur Höhe der Miete und der Mietsteuer beruhen auf einem Kompromiß der Regierungsparteien. Es ist seit vielen Wochen in aller Stille vereinbart worden, aber nicht nur unter diesen Parteien selbst, sondern auch mit den Organisationen der Hausbesitzer. Die nicht zur Regierung gehörenden Parteien wurden vor vollendete Tatsachen gestellt, ja sogar zu überrumpeln versucht. Noch schlimmer aber ist es den Mieterorganisationen gegangen, deren angebliche Freunde in den bürgerlichen Parteien zwar mit den Hausbesitzern verhandelten, aber nicht mit ihnen oder den Mietern. Es ist deshalb kein Wunder, daß bei den Hausbesitzern über das Ertrugene ebenso große Freude herrscht, wie bei den Mietern Enttäuschung und Erregung.

In welchem Maße es den Hausbesitzern gelungen ist, die wichtigsten ihrer Ziele durchzusetzen, läßt sich aus einer Eingabe erkennen, die der „Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine“ an den Reichstag gerichtet hat. Hier sind ganz offen die Ziele dargelegt, die man zu erreichen sucht und die Wirkungen geschildert, die der Hausbesitz einbringen wird. Manches wird da vollkommen klar, was die sehr vorsichtige Begründung zu den Anträgen der Regierungsparteien schamhaft zu verschleiern sucht.

Das gilt erstens von dem Anteil, den der Hausbesitzer an der Miete erhalten soll und zweitens von der Mindestmiete, die künftig von der Reichsregierung einheitlich für das ganze Reich festgesetzt werden soll.

Die ursprüngliche Vorlage der Reichsregierung rechnete mit einem Anteil von 40 Proz. von der Friedensmiete für den Hausbesitzer. Dazu sollten ihm gewährt werden 5 Proz. für Hypothekenzinsen, insgesamt also 45 Proz. Für die spätere Zeit, wo die volle Zinslast für die ausgewerteten Hypotheken zu zahlen ist, sollten weitere 15 Proz. zugestanden werden. Man war also noch vor einigen Wochen der Meinung, daß der Anteil des Hausbesitzers an der Friedensmiete gegenwärtig auf etwa 45 und erst der künftige Anteil auf 60 Proz. zu bemessen wäre. Die Beschlüsse des Steueraususses gehen weit darüber hinaus. Sie beruhen auf der Absicht, bereits gegenwärtig mindestens 60 Proz., ja sogar 70 Proz. der Friedensmiete an den Hausbesitzer zu geben.

Man fürchtet sich aber, das in dieser offenen Form zu sagen. Es ist aber die Absicht der Vorlesung, daß künftig die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reihe einheitlich festsetzt, und daß die Mieten am 1. April 1926 mindestens 100 Proz. der Friedensmiete betragen müssen. Die ursprüngliche Regierungsvorlage überließ die Mietzinsbildung den einzelnen Ländern. In der Begründung wurde das ausdrücklich mit der Rücksicht auf die verschiedenartige Gestaltung der Mieten in den einzelnen Ländern gerechtfertigt, die eine reichsgesetzliche Mietfestsetzung nicht angebracht erscheinen lasse. Demgegenüber betont die Eingabe der Hausagrarier, daß der Hausbesitz durch reichsgesetzliche Festsetzung einer Mindestmiete sichergestellt werden muß, da „naturgemäß das Bestreben der Länder dahin geht, zur Ausgleichung ihres Haushaltes einen möglichst hohen Betrag an Mietsteuer auch innerhalb der hundertprozentigen Friedensmiete herauszuholen“. Es ist aber nicht nur das Bestreben, auf Kosten der Länder den Hausbesitzeranteil zu steigern, sondern auch die Absicht, durch Zugrundelegung der allerungünstigsten Verhältnisse eine große Sonderrente für den Hausbesitz zu erzielen. „Der Mindestmietfuß muß von Reichs wegen so bemessen werden, daß auch im Falle unverhältnismäßig niedriger Friedensmiete Deckung für sämtliche Kosten vorhanden ist.“ Mit anderen Worten: Es sollen die Verhältnisse zu Grunde gelegt werden, die dem Hausbesitzer stets die höchste Rente sichern. Geschickt das aber, dann wird durch diese einheitliche Festsetzung der Miete für das ganze Reich die Last für die Mieter am höchsten, die bisher die niedrigsten Mieten hatten.

Die Eingabe fordert aber weiter, daß die dem Hausbesitz zubilligende Miete schon jetzt mindestens zwischen 75 und 80 Prozent der Friedensmiete festgesetzt werde. Man kann sich danach vorstellen, unter welchem Druck die Reichsregierung stehen wird, und wie ungeheuer groß die Gefahr ist, daß diesen Forderungen der Hausagrarier entsprochen wird.

Zweifelloos wird angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse die sprunghafte und unbeschränkte Erhöhung der Miete bis zur freien Miete verhängnisvoll wirken. Noch größer aber ist die Gefahr, daß damit zugleich der Schutz unterhöhlt wird, den die Gesetzgebung gegenwärtig den Mietern gewährt. Das Mieterschutzgesetz läuft am 30. Juni 1926 ab, sofern es nicht verlängert wird. Gegen diese Verlängerung sträuben sich die Hausbesitzer. Aber auch die Reichsregierung. Ihre Absicht ist es, durch die schnellste Heraufreibung der Mieten, denen entsprechende Lohnherabsetzungen nicht folgen werden, einen Zwang zum Zusammenrücken der Bevölkerung auszuüben. Und da die Mietpreiserhöhung allein diesen Druck wohl nicht ausüben wird, so soll dem Mieter auch der Schutz entzogen werden, der ihn gegenwärtig vor der Ermittlung schützt.

Die Eingabe des Zentralverbandes der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine läßt daran keinen Zweifel. Es

wird nicht nur gefordert, daß mit der Regelung der Miete auch Änderungen des Reichsmietengesetzes und des Mieter-schutzes vorgenommen werden, sondern man will gleichzeitig den Abbau der Zwangswirtschaft vornehmen. So wird gesagt:

Je höher die Miete, desto mehr Zahlungsunwillige und desto mehr Zahlungsunfähige. Die Mietfrage ist nie- mals anderer Bedarf eine reine Finanzfrage. Keinem Gewerbe- treibenden wird zugemutet, dem Käufer mehr an Lebensmitteln oder Kleidung zu geben, als er bezahlen kann. Nur im Wohnwesen soll der Mieter monatelang die Miete schuldig bleiben dürfen, ohne daß ein Kündigungsrecht besteht.

Wenn auch die Folgerungen — völliges freies Ver- fügungsrecht des Hausbesizers — nicht ausdrücklich gezogen werden, so läßt die zynische Formulierung der Hausbesizer- forderungen doch keinen Zweifel daran, welche Absichten ge- hegt werden. Von der Dentungsart der Hausbesizer hat übrigens einer ihrer Häuptlinge, der preußische Landtags- abgeordnete Labendorf offen Kenntnis gegeben, als er erklärte, es sei nicht die Sorge der Hausbesizer, ob und wie die Mieter die Miete aufbringen können.

Mit ungeheurer Schnelligkeit will also die Rechtsregie- rung der völlig freien Wirtschaft im Woh- nungswesen zusteuern. In voller Übereinstimmung mit den Hausbesizern stellt auch sie sich auf den Standpunkt, Wohnraum darf nur der haben, der ihn be- zahlen kann. Das hat zur Folge, daß die Masse der enteigneten Rentner, der Erwerbsunfähigen, der gering be- zahlten Arbeiter, Angestellten und Beamten, künftig keine Wohnung mehr haben wird oder nur Pöcher, in denen sie mit ihren Familien verkümmern, scheint weder Sorge der Reichsregierung, noch der Reichsparteien zu sein. Sie kennen nur das eine Ziel: hohe Rente für die Haus- agrarier und Entlastung des Besitzes, mögen dabei auch Millionen von Menschen ihre Arbeitsfähigkeit und ihr Lebensglück einbüßen.

Achtung, Manöver!

Das Ende des kommunistischen Parteitag.

Bis zum Nachmittag zog sich am Freitag die Debatte über die Taktik der Partei hin. Draußen stuet das Leben, arbeiten und ringen, leiden und kämpfen die Menschen. Hier drinnen aber streitet man sich, abseits vom Wege der Tatsachen, um „Vollschere- rung“ und „Einheitsfronttaktik“, um „Manöver“ und „Ent- lastungspolitik“, um „Ultrasinken“, „Zentrifugen“ und ähnliche stumpf- sinnige Formeln. Ernst Meyer tritt auf, noch einer von der alten Garde des Spartakusbundes, setzt auf den Schulthausen der „Rechten“ geworfen. Er spricht von der Niederlagen- klimmung, die im kommunistischen Lager herrsche, er wünscht freie Diskussion in der Partei, aber nicht „im demokratischen Sinne“, sondern zur Bekämpfung der „ultrasinken“ Gefahr. Heute sei die wirtschaftliche und politische Situation durchsichtiger als 1913 bis 1914. Wieso komme es, daß diese Situation nur von der SPD. aus- genügt werde? Das komme davon, erstens weil die neue Zentrale noch nicht die notwendige Erfahrung habe, um im „leninistischen“ Sinne wirken zu können; zweitens, weil die kommunistische Partei bisher nur ihre Schwäche gezeigt habe und drittens, weil manche Leute in der Zentrale, wie Schneller

ihren Mangel an Wissen durch renegatenhaften Eifer zu ersetzen suchen.

Vied, der so erfolgreiche Strategie aus dem preußischen Land- tag, verbreitet sich ausführlich über die kommunistischen „Manöver“. Und nun konnte man einige sehr bemerkenswerte Geständnisse hören. Eine Menge Formulierungen habe die kommunistische Landtags- fraktion über die Gründe ausgesagt, die sie an die Seite der Deutschnationalen geführt hätten. Aber die Arbeiter haben nur die eine Tatsache gesehen, daß die Kommunisten stets zusammen mit den Deutschnationalen gegen das Kabinett Braun-Severing gestimmt hätten. Am Ende der Sache

habe man erst das „Manöver“ gemacht, daß eigentlich schon am Anfang im Januar hätte stehen müssen.

Am 29. April habe die kommunistische Fraktion eine Erklärung an die Sozialdemokratie gerichtet, wonach sie ein Kabinett Braun unterstützen wollten, wenn es bestimmte Forderungen erfüllen würde. „Wer diese Erklärung liest, konnte unmöglich zu der Auf- fassung kommen, daß die Kommunisten wirklich ein Kabinett Braun unterstützen wollten. Die Formulierung sollte nur dazu dienen, um die SPD. zu „entlarven“ und die kommunistische Fraktion hat über ihre eigentliche Absicht gar keinen Zweifel gelassen.“ Die Sozialdemokraten haben sich allerdings durch dieses „Manöver“ nicht täuschen lassen. Aber das „Manöver“ hatte noch einen anderen Sinn. Die Sozialdemokraten wollten damals die Auflösung des Landtages, die Kommunisten hätten, so führte Vied dazu aus, mit einem starken Stimmenerlust rechnen müssen, während die Situation für die SPD. außerordentlich günstig war. Man sieht, wie weit die kommunistische Partei schon im parlamenta- rischen Kretinismus verfunken ist. Aus der Angst um ihre Mandate wird sie zu „Manövern“ getrieben, die sie nicht nur in den Augen der Masse der Arbeiter, sondern auch vor ihren eigenen Anhängern lächerlich machen. Vied wandte sich dann noch gegen die Meinung, daß eine förmliche Verabredung zwischen Kommunisten und Deutschnationalen bestanden habe.

Wohl hätten sich die Deutschnationalen an die Kommunisten gewandt, sie möchten doch dafür sorgen, daß alle Fraktions- kollegen bei den Abstimmungen gegen Braun-Severing zur Stelle seien.

Aber, so rief Vied aus, dieser Ermahnung habe es gar nicht bedurft, unsere Genossen waren stets pünktlich da. Sie waren also da, wenn es galt, mit den Deutschnationalen zusammen gegen Braun-Severing zu stimmen. Kann es eine schlimmere Selbst- schändung einer „Arbeiterpartei“ geben, als sie in diesem zynischen Geständnis zum Ausdruck kommt?

Herr Müller vom Bezirk Erzgebirge gab wieder einmal eine tiefgründige Analyse von Bolschewismus und Menschewismus. Was Rosenberg wolle, sei eine Revision der Beschlüsse des 5. Weltkongresses. Wisse er nicht, was diese Beschlüsse für Sowjet- rußland zu bedeuten haben? Wer sie angreift, der richtet zugleich den schärfsten Angriff auf den Bestand Sowjetrußlands, das heißt also, daß die deutschen Kommunisten ihre Ansichten nicht nach deutschen Verhältnissen bilden dürfen, die doch immerhin von den russischen verschieden sind; entscheidend ist für sie der Befehl von Moskau, das politische Interesse der Sowjetregierung. Der Delegierte Gall, der sich als Gewerkschaftsangehöriger vorstellte, beschwerte sich bitter darüber, daß man nicht das Wort von den 75 Proz. die der Gewerkschaftsarbeit gewidmet sein sollen, beherzige, sondern sich hier lediglich um die unwichtigsten Formulierungen herumstreite. Tatsache sei, daß die kommunistische Partei

bisher in den Gewerkschaften noch keine praktische Arbeit geleistet

habe. Es sei eine weitere Tatsache, daß der Einfluß der Kommu- nisten in den Gewerkschaften ständig abnehme, in den meisten Bezirken sei er auf den Nullpunkt zurückgegangen. Man solle nicht immer so stark betonen, daß man nur „Manöver“ machen wolle, denn dann sagten sich doch die Arbeiter mit Recht, man wolle sie nur als Hilfstruppen für diese „Manöver“ mißbrauchen. Wenn schon ein „Manöver“ ausgeführt werde, dann solle der oberste Kommandeur nicht ausschreien: „Achtung, Manöver!“ Die Gleich- gültigkeit gegenüber der Gewerkschaftsarbeit zeige sich auch darin, daß man auf diesem Parteitag wohl für alle möglichen Dinge ellenlange Resolutionen vorher fertiggestellt habe, die Resolution zur Gewerkschaftsfrage aber sei

nur so nebenbei aus dem Kessel geschüttelt

worden, der Referent Thälmann habe zu dieser Resolution über- haupt nicht geredet. Bei solchen Methoden müsse ja die Partei zu- grunde gehen. Es habe keinen Sinn, immerwährend zu schreien, wir befänden uns unmittelbar vor der Revolution, denn die Massen glauben uns das doch nicht. Die neu zu bildende Gewerkschafts- leitung der SPD. solle nicht wie bisher mit Parolen und Superlativen arbeiten, sondern praktische Arbeit leisten.

Dogt aus Westfalen stellt mit Bedauern fest, daß die Zahl derer, die sich noch aktiv beteiligen, zurückgegangen sei, in Berlin

ebenso wie anderswo. Hedert hält einen schwer gelehrten Vortrag über das Wesen der Gewerkschaften und des Kapitalismus; es bringt dazu eine Menge Zitate bei, von Karl Marx angefangen bis Stalin. Eberlein, der auch zu den „Rechten“ gehört, stellt fest, daß der Tiefstand der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse überwunden sei, das zeige sich an dem Erstarken der Gewerkschaften und am Aufstreben der Sozialdemokratie. Auf der Tribüne erscheint jetzt eine Delegation von Frauen, deren Männer im Gefängnis sitzen. Ihre Führerin richtet einen Appell an den Parteitag, für die Freilassung der kommunistischen Gefangenen zu sorgen. Für einen solchen Appell war allerdings dieser Parteitag ein wenig geeigneter Ort. Wenn wir immer noch auf eine Amnestie warten, so liegt das vor allem an der für die politischen Gefangenen so verhängnisvollen Politik der kommunistischen Partei; hat sie doch durch die von ihr geförderte Wahl Hindenburgs zum Reichs- präsidenten geradezu verhindert, daß eine umfassende politische Amnestie erfolge.

Bis um 43 Uhr wurde auf solche Weise distuliert; man ver- tagte sich schließlich auf abends 7 Uhr, dann sollten die Schlussworte und die Wahlen zu den Parteiförperschaften folgen.

Am Abend war großes Aufräumen. Erst hielt Thälmann sein Schlusswort. Er behauptete, daß nicht genug Anregungen und politische Winke zur Gewerkschaftsarbeit gegeben worden seien. In der Zentrale herrsche keineswegs Niederlagenstimmung. Den Ge- noßen, die da meinen, die Situation verändere sich nicht, rufe er zu: Die Situation ändere sich jeden Tag. Dieser ganz neuen Weisheit folgte gleich eine zweite: vor der Präsidentenwahl habe man von einer schwarzweißen Front noch nichts gemerkt, diese habe sich erst nach der Wahl Hindenburgs gebildet. Ein Mann von solcher Begabung steht an der Spitze einer politischen Partei! Hernach kam Ruth Fischer mit ihrem Schlusswort. Bei ihrem Er- scheinen entfernten sich Rosenberg und Kay demonstrativ aus dem Saale. Ruth Fischer wiederholte ungefähr das, was sie in ihrem Referat gesagt hatte, verdrümt mit einigen Ausfällen gegen die „Ultrasinken“. Eine Massenbewegung, so rief sie Berner Scholzen zu, erzeuge man dadurch, daß man die Massen der Kommu- nistischen Partei zuführe. Und dann wiederholte sie einen ihrer früheren Aussprüche: die Kommunisten dürften sich nicht an die Massen binden, sondern die Massen müßten sich an die Kommu- nisten binden. Wenn der Parteitag zu Ende sei, müsse der Kampf gegen die Jölle aufgenommen werden.

Es wird allerdings höchste Zeit, daß die Kommunisten mit diesem Kampfe beginnen. Bisher haben sie davon noch nichts merken lassen, in der gestrigen Beratung des Jollauschusses des Reichstags war nicht ein einziges Mitglied ihrer Fraktion zugegen. Während die Kommunisten noch über „Formulierungen“ brüteten, mühten die Sozialdemokraten die Interessen der werktätigen Bevölkerung gegen die maßlosen Forderungen des agrarischen und industriellen Kapitals verteidigen.

Zum Schluß nahm der Parteitag einstimmig eine von den einzelnen Delegationen zusammengestellte Liste für die Neuwahl der Zentrale an. Eine öffentliche Bekanntmachung, wer in die Zentrale gewählt ist, soll nicht erfolgen. Vied erklärte, das mit Rücksicht auf die Abteilung Ia und andere (!) Interessenten nicht für zweckmäßig. Weswegen es die Abteilung Ia höchst wahrschein- lich doch sehr bald erfahren wird, wenn sie es nicht schon weiß.

Der unverständliche Druckfehlerkessel hat im Letztartikel im heutigen Morgenblatt wieder einen seiner bössartesten Streiche gespielt. Er hat den Satz: „Ganz unverständlich ist der Vor- schlag der Regierung, daß nach dem 1. Oktober 1923 begangene Handlungen nicht amnestiert werden sollen“, umgeändert in die Worte: „Ganz selbstverständlich ist...“ Aus den nach- folgenden erläuternden Sätzen aber haben die Leser sicher schon selbst entnehmen, daß eine üble Verdröpfung durch den Sebertobald erfolgt war.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag ist für den 16. August gekündigt worden. Die in Madrid weilende deutsche Delegation ersuchte um die Eröffnung neuer Verhandlungen.

Der Friedenskongreß in Paris. Ministerpräsident Painlevé hat den Vorsitz der Eröffnungstagung übernommen. Kammerpräsident Herriot und Reichstagspräsident Lohde werden das Wort nehmen.

Louis Corinth.

Aus dem holländischen Badeortje Zandvoort kommt die Meldung, daß Louis Corinth an den Folgen einer Lungenerkrankung gestorben ist.

Eine Künstlerpersönlichkeit, die auf dem Gebiete der zeit- genössischen Malerei nicht ihresgleichen hatte, ist mit ihm dahin- gegangen. Ein Kerl von unwüchsiger Kraft und berber Lebens- freude, als Mensch und als Schaffender. Darüber hinaus der größte Virtuose des Pinsels, den unsere Zeit hervorgebracht hat. Eine Kämpfernatur, die schon in jungen Jahren gegen den Pseudobol- desmus, die ängstliche Mache und die verlogene Schönfärberei des herr- schenden Akademizismus revoltierte. In der Pariser Akademie Julian hatte der ungeschlagte Ostpreuße beim süßlichsten aller fran- zösischen Publikumslieblichen, bei Bouguereau, die handwerkliche Grund- lage gelegt. Seine geistigen Nährväter waren, wie er selber zu be- tonen pflegte, Michelangelo und die Altmeister Hollands. Sein eigen- es Ich aber fand er erst, als in München der Geist des damals modernen Naturalismus in ihm lebendig ward. Da wurden die Augen aufgetan. Sie erlebten Farbenwunder im schlichtesten Natur- bilde und die Schönheit der Nuance. Entdeckung verschwiegener malerischer Reize und linearische und koloristische Fixierung des Mo- mentes galten als letzte Ziele und Ideale. Und eine Bravour der Pinsel- und Spachtelführung, die man vorher nicht gekannt hatte. Mit unerhörter Wucht stiegen die Farben auf die Leinwand. Haar- scharf sah jeder Wurf am rechten Platze. Was in der Nähe wie eine ausgefärbte Palette wirkte, formte sich, aus der Entsernung be- trachtet, zu minutiös durchgeführten Gebilden von plastischer Le- benswahrheit. Im unermüdbaren täglichen Training wurde das Können des Pinsels geübt und vervollkommen. Die Farbe war Corinths Elemente. Die Schöpfungen seiner Griffelfeinsten proble- matisch. Gemälde wie „Perseus und Andromeda“, „Harem“, „Tan- zender Derwisch“, „Sieger“, stehen, was technische Bravour anbelangt, unerreicht in der Malerei aller Zeiten.

Corinth wurde am 21. Juli 1858 in dem ostpreussischen Städt- chen Tapiau geboren. Seine Vorfahren, die er bis ins 17. Jahr- hundert hinein verfolgen konnte, waren Bauern. Louis aber sollte ein „Studierter“ werden. Und es folgten Kämpfe, ehe der Vater die Zustimmung zum Künstlerberuf gab. Von Königsberg, wo nichts zu lernen war, ging es nach München, dann über Antwerpen nach Paris. Hier erhielt er die erste öffentliche Anerkennung für eines seiner Bilder. 1887 lehrte er nach Königsberg zurück. Aus dieser Stützzeit stammt das bekannte Porträt seines Vaters, der prächtige „Snapsrieder“ und die „Pietà“. 1890 kam er aufs neue nach München, um hier für die nächsten zehn Jahre sein Atelier aufzu- schlagen. Während dieses für seine Entwicklung entscheidenden zweiten Münchener Aufenthalts ist der „Diogenes“, das Leistikow- Porträt und die „Kreuzigung“ entstanden, die seinen Namen über die Grenzen Deutschlands berühmt machte. Mit dem Beginn des

neuen Jahrhunderts übersiedelte Corinth nach Berlin. Hier er- reichte seine künstlerische Kraft und seine Schöpferfreudigkeit ihren Höhepunkt. Eine unübersehbare Zahl von Werken ging aus seinem Atelier hervor. Daneben entstanden schriftstellerische Arbeiten, wie „Das Erlernen der Malerei“, „Das Leben Walter Leistikows“, „Legenden aus dem Künstlerleben“ u. a.

Als Corinth die Sechzig überschritten hatte, setzte sein „Alters- stück“ ein. Die Form lockerte sich. Die koloristischen Nuancen, die die Natur bot, erwachten zu selbständigem Leben. Das rein Gegen- ständliche der Bilder wurde mehr und mehr von der inneren Sprache der Farbe überhört. Der Meister des Naturalismus näherte sich expressivistischer Auffassung. Wie im Traum oder im Rausch geschaffen erscheinen die Werke dieser letzten Zeit, von denen unsere Nationalgalerie im Kronprinzenpalais wertvolle Proben besitzt. Blumenstillleben, Bildnisse und Landschaften vom Walchensee geben die äußeren Motive. Aus der Gestaltung aber sprechen Seelentiefen. Dokumente einer ernsten, reifen und unerlöschlich reichen Menschennatur, die von ihrem Leben und Hasen, ihrem Wissen und Glauben, von Leid und Freude, Hoffen und Zweifeln in organischen Gebilden rhythmisch geordneter Farben ergreifende Kunde gibt.

John Schitowski.

Das Land der Bibliotheken. Man hat Deutschland das „Land der Bibliotheken“ genannt, und das mit Recht, denn die Zahl der großen deutschen Bibliotheken beläuft sich noch dem jetzt neu er- schienenen „Jahrbuch der deutschen Bibliotheken“ insgesamt auf 323 Anstalten mit über 37 Millionen Bänden. Fast ein Drittel dieser Büchereien, nämlich 97, weist Bestände von über 100 000 Bänden auf; 34 unserer Bibliotheken verfügen über mehr als 300 000 und nicht weniger als 10 über mehr als 600 000 Bände. An der Spitze stehen die Staatsbibliotheken zu Berlin und München, von denen die Berliner fast 2 Millionen Bände, die Münchner 1½ Millionen umfaßt.

Abnahme der Pest-Epidemien. Die wichtigsten Epidemien, die noch immer die Welt heimsuchen, haben in der letzten Zeit eine er- freuliche Einschränkung erfahren. So waren die Zahlen für Cholera, Pest und Pocken in den ersten Monaten von 1925 verhält- nismäßig niedrig. Die Sterbefälle an Pest betragen in Indien vom 15. Februar bis 18. April zwar noch immer 36 000, immerhin weniger als die Hälfte gegenüber dem gleichen Zeitraum 1924; auch die Cholera war in Indien gegenüber dem Vorjahr auf die Hälfte der Todesfälle herabgesunken. Pocken kamen in Europa nur in England vor, und zwar in geringerer Anzahl als in den entsprechenden Monaten des vorigen Jahres. Auch Diphtherie und Scharlach zeigten in Europa im Mai 1925 sinkende Zahlen, und zwar die Diphtherie in stärkerem Maße; bei Scharlach hat die An- zahl der Todesfälle abgenommen.

Die Verteilung des englischen Nationalvermögens. Von dem englischen Nationalvermögen befindet sich ein Betrag von 4555 Millio- nen Pfd. Sterling in Beträgen von unter 5000 Pfd. in Händen einer unbekannt Anzahl von Personen; 10 498 Millionen in Beträgen von mehr als je 5000 Pfd. verteilen sich auf 362 256 Personen und

davon ist ein Betrag von 5348 Millionen im Besitze von nur 35 946 Personen. Daraus ergibt sich, daß zwei Drittel des Nationalver- mögens sich im Besitze von nicht ganz 400 000 Personen befindet und ein Drittel im Besitze von nicht ganz 36 000 Menschen. Und in Deutschland?

Eine kostenfreie Freiluft-Garage. Die Londoner Verkehrspolizei hat beschlossen, eine Einrichtung zu schaffen, die es in Zukunft jedem Autobesitzer, der nach London kommt, ermöglichen wird, seinen Wagen unbeaufsichtigt besterige lange Zeit hindurch auf den Straßen und Plätzen der Kleinstadt stehen zu lassen. Zu diesem Zweck wer- den an Punkten, die hierzu geeignet sind, besondere Schutzmanns- posten aufgestellt werden, deren Aufgabe es sein wird, die ihrer Obhut anvertrauten Automobile zu bewachen. Die ganze Einrich- tung wird vollständig kostenlos sein.

Das Wichtigste. In unserem schönen Vaterland herrsche von jeher ein Mangel an Talenten. Der beste Beweis dafür ist, daß sich noch immer neue erfinden lassen, auf die die bedauernswerten Menschen der vergangenen Generationen also noch verzichtet mükten. So hat die schöne Stadt Leipzig jetzt auch dazu beigetragen, unsere Muttersprache um einige klangvolle Wortverbindungen zu bereichern. Sie hat ihre städtischen Musiker mit dem Titel „Stadtkam- mermusikkant“ — klingt das Wort nicht schon wie Musik? — beglückt. Und jene Waderen, die sich durch besondere Leistungen auszeichnen, dürfen sich gar „Stadtkammermusikanten“ nennen. Ja, es gibt doch in unserer materiellen Zeit noch viele Menschen, die wissen, welche Ehren einem Künstler gebühren!

Eine Schule mit einem einzigen Schüler. In Forestburg, einem kleinen Städtchen der Vereinigten Staaten, das ganze 620 Einwohner zählt, stellte sich kürzlich bei dem Abschlußexamen der erlauchten Prüfungskommission ein einziger Schüler vor. Der Prüfling war der einzige Schüler, den die Schule von Forestburg während der letzten 8 Jahre ausgebildet hatte.

Die kommende Juntwode bringt viel und gute Musik: Schubert ist im Cyclus „Das deutsche Lied“ am Mittwoch zu hören, Men- delssohn und Schumann durch das Roth-Quartett am Donner- stag, Richard-Strauß-Wieder von Agnes Seebach gesungen, am Dienstag. Große und kleine Kinder mögen am Sonntag nachmittag die Ohren spitzen, wenn Charlotte Hagenbruch-Busch repitiert, und nur die kleinen am Mittwoch, wenn wieder ein Kinderfest rundgefunkt wird. Schließlich gibt es noch eine ganze Reihe interessanter Vorträge und am Sonnabend ein Hörbild „In der Laubensolonia“, darauf darf man gespannt sein.

Einheitsfahrgeld. Ein Erlass des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bestimmt, daß in dem Kurs/Christentumunterricht an den der Ver- waltung des Kultusministeriums unterstehenden Schulen vom zweiten Halbjahre des laufenden Schuljahres ab neue Lehrgänge nur noch in der Einheitsfahrgeldform begonnen werden dürfen. In einem anderen Kurs/ schriftenverzeichnis dürfen nur bereits im Gange befindliche Lehrgänge zu Ende geführt werden, im allgemeinen aber nicht über Ostern 1926 hinaus.

Keine heilen Kleider für die muslimischen Frauen. Die Päpste der muslimischen Kirche haben eine offizielle Erklärung veröffentlicht, worin sie das Tragen von heilen Kleidern durch die muslimischen Frauen auf- strengt verbieten.

Ein neues Hofurteil.

Gegen Lüneburger Reichsbannerleute.

Lüneburg, 18. Juli. (M.) Im Prozeß gegen die Reichsbannerleute, die im September v. J. in Lüneburg mit den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr zusammenstießen, wurde gestern nacht um zwölf Uhr das Urteil verkündet. Von den 17 Angeklagten wurden 13 wegen einfachen und schweren Landfriedensbruchs und Nötigung zu drei Monaten bis ein Jahr Gefängnis verurteilt, drei weitere wegen Verleumdung und Körperverletzung und Sachbeschädigung zu Geldstrafen von 200 bis 400 Mark. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Die Angeklagten haben gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Landesverrat?

Hagen, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Gegen den Herausgeber der Wochenchrift „Das andere Deutschland“ und Führer der westdeutschen Friedensbewegung, Rüdiger Hagen, ist wegen eines Artikels: „Das Zeitfreiwilligen-Grab in der Weiser“ ein Landesverratsverfahren angestrengt worden. Rüdiger Hagen, den Wahrheitsbeweis anzutreten, wurde zurückgewiesen.

Ein französischer Faschist schwer verurteilt.

2 Jahre Gefängnis für den Royalistenführer Maurras. Der royalistische Schriftsteller und Mitherausgeber der „Action française“, Charles Maurras, der im Juni in einem von seinem Blatte veröffentlichten Aufruf zur Ermordung des französischen Innenministers aufgefordert hatte, wurde am Freitag von einer Pariser Strafkammer zu 2 Jahren Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilt. In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, daß der Offens Brief, der den Gegenstand des von der Regierung gestellten Strafantrages bildet, so unerhört ausfällig in seiner Form und so unverantwortlich in seinem moralischen Tiefstand sei, daß dem Angeklagten mildernde Umstände hätten verweigert werden müssen. Das Gericht habe es für seine Pflicht gehalten, gegen Kundgebungen dieser Art, gleichgültig von welcher Partei sie ausgingen, mit der ganzen Schärfe der Gesetze einzuschreiten.

China und die Weltmächte.

Verschärfung der Streiklage. — Grundjähriger Abbau der Fremdenvorrechte.

Die Meldungen aus China sind unzusammenhängendes Stückwerk. Jedoch läßt sich aus den, vornehmlich aus New York und London, kommenden Nachrichten immerhin die Entwicklungsrichtung der chinesischen Krise erkennen. Die Streiklage verschärft sich immer weiter. In Tsingtau legten die Autos die Arbeit nieder. Die Lage in Kanton wird zunehmend ernstlicher; Zehntausende von Streikenden sind von dem benachbarten Hongkong herübergekommen. Die Gefahr für Leben und Eigentum der Fremden nimmt zu. In Honan ist die Wasserversorgung bereits zum größten Teil eingestellt. In Schanghai steht dem Europäer-Biertel das gleiche Schicksal bevor. Die fremdländischen Stadterwartungen hat dafür die Absperrung des chinesischen Stadtteiles von den Elektrizitäts- und Wasserwerken begonnen. Das Streikkomitee fordert die Mitglieder der chinesischen Handelskommission zur finanziellen Streikunterstützung auf. Die Schonghaier Lagerhäuser sind mit Ein- und Ausfuhrwaren überfüllt. Zwei von den dreizehn Forderungen der chinesischen Bevölkerung sind bereits bewilligt. Die fremdländische Stadterwartung stimmt dem Eintritt von Chinesen in die Stadterwartung und der Wiedereinführung der internationalen gemischten Gerichtsbarkeit unter chinesischer Kontrolle zu. Ueber die weiteren chinesischen Forderungen wird am Montag weiterverhandelt. In Kanton hat sich eine Arbeiter- und Bauernregierung aufgetan, die mit Peking nur dann zusammengehen will, wenn die nationale Einheitsfront gegenüber den Mächten gewahrt wird. Auch die Zentralregierung bekennt die russisch-chinesische Freundschaft; für den feierlichen Empfang der russischen Flieger in Peking wurden 20000 Dollar bewilligt. Das russische Zentralkomitee der Gewerkschaften überweist durch den russischen Generalkonsul in Schanghai über 60000 Dollar Streikunterstützung. Die Streikbewegung griff über China hinaus; in Niederländisch-Indien sind unter den Chinesen erneut Unruhen ausgebrochen.

Die chinesische Regierung hat am 25. Juni in einer Note an die Mächte erklärt, daß die unbegrenzte Fortdauer der außerordentlichen politischen und wirtschaftlichen Vorrechte und die durch die Verträge den Ausländern zugestandene Immunität mit der augenblicklichen Lage nur schwer in Einklang zu sehen seien. Die chinesische Regierung hat infolgedessen die Revision dieser Verträge gefordert.

Die Vereinigten Staaten sind, getreu ihrer alten Chinapolitik, vorangegangen und haben den Vertragsmächten eine Zollkonferenz und eine Konferenz über den Abbau der Vorrechte der Fremden nahegelegt. Daraufhin haben die Mächte grundsätzlich der Aufhebung der Vorrechte zugestimmt. Jedoch wird für die Durchführung der Aufhebung die Voraussetzung gemacht, daß die chinesische Regierung stark ist, die Ordnung wiederherzustellen und austret zu erhalten. England ist nur sehr zögernd dieser Politik gefolgt. Wegen der Vorfälle in Kanton hat es zwei Noten an China gerichtet, deren Veröffentlichung es verlangt. Im ganzen hat gegenüber den Mächten die chinesische Freiheitsbewegung mit der grundsätzlichen Zustimmung zur Aufhebung der Exterritorialitätsrechte einen Erfolg erzielt.

Der Papst an China. Papst Pius XI. hat an die Pekingener Universitätsprofessoren geschrieben. Er bedauert das Blutvergießen und hofft, Freiheit und Ordnung werden in Uebereinstimmung mit der christlichen Liebe wiederhergestellt werden.

Vereinigte Staaten und Völkerbund. Der Generalsekretär des Völkerbundes forderte Präsident Coolidge auf, die Vereinigten Staaten durch einen ständigen Beobachter in Genf vertreten zu lassen. Coolidge lehnte das ab; die amerikanische Regierung sei über die Arbeiten des Völkerbundes ausreichend im Bilde.

Das Abkommen von Kettuno. Russisch unterzeichnete in Kettuno ein umfangreiches Grenzabkommen mit Südsibirien. Es besteht aus 32 Einzelverträgen, die den vielgestaltigen Stoff des Durchgangsverkehrs und des großen und kleinen Grenzverkehrs regeln.

Die Optanten ausweilen. Am Freitag passierte ein 500 Personen umfassender Transport polnischer Optanten Berlin auf der Reise von Essen nach Polen. — In Ausführung des Wiener Abkommens vom 30. August 1924 sind etwa fünfzehntausend deutsche Optanten aus Polen in den letzten Monaten ausgewandert und haben in Deutschland ein Unterkommen gefunden.

Das Stargarder Eisenbahnunglück. Die Reichsregierung erklärt in einer Note vom 10. Juli die polnische Regierung für haftpflichtig und kündigt ihr die Uebermittlung der Erfordernisse der Geschädigten an.

Russische Aeroaktivität. Nach einer Moskauer Meldung hat der Rat der Volkskommissare Probenaktivität angeordnet. Im Moskauer Militärbezirk werden alle Wehrpflichtigen in Stammrollen eingetragen.

Studentenfahrten.

Der schlimmste Hort der Reaktion waren in den letzten Jahren vor allem unsere Universitäten. „Universität“! Erst wenn wir wieder Hochschulen haben, in denen ein kulturelles Leben gepflegt und eine Wissenschaft gelehrt wird im Dienste des Ganzen, im Dienste der Menschheit, eben im Sinne wirklicher Universitas litterarum, dann erst hat dieses herrliche Wort seinen höchsten Klang, den wir heute stets hören, verloren. Rationalismus und Geisteslosigkeit sind unvereinbar, und ein Akademiker kann daher nur zweierlei sein: ein freier Weltbürger oder eine bornierte Jammergestalt — ein Drittes gibt es nicht! Noch sind die Jammergestalten in der Ueberzahl, vielleicht noch auf Jahrzehnte. Und trotzdem dürfen wir es als ein gutes Zeichen ansehen, wenn jetzt die studentischen Auslandsreisen von den Leitungen der Hochschulen wieder tatkräftig vermittelt und unterstützt werden. So ist es z. B. einem Studenten der Berliner Universität, wenn er sich zeitig genug angemeldet hat, in diesem Sommer möglich, eine Reise nach Skandinavien, nach England, nach Spanien, Desterreich, Ungarn oder Italien für nicht allzu hohe Kosten zu unternehmen. Hier helfen Akademiker, dort helfen Akademiker, und zu den „Feinden“ selbst fahren deutsche Studenten, bei den „Feinden“ werden sie wohnen, bei den „Feinden“ werden sie schöne Wochen verleben, bei den „Feinden“ werden manche wohl lernen, daß Menschen nicht Feinde sein müssen. Man darf die Wirkung dieser Reisen, die teilweise in Form eines Austausches vor sich gehen, nicht überschätzen. Aber eine erste Vorbedingung des Friedens ist es doch nun einmal, daß die Parteien sich überhaupt kennen. Mißtrauen, Verleumdung wachsen nur dort, wo der eine vom anderen nichts weiß. Die Erbauung des Hauses Europa ist eine Sache der Praxis und, wie wir sehen, eine Sache der Reisepraxis nicht zuletzt.

Unter dem Brückenbogen.

Schwerer Unfall durch einen Straßenbahnwaggon.

Ein sehr schwerer Unfall, der zwei Opfer forderte, ereignete sich in den heutigen Vormittagsstunden in Charlottenburg. Dort sind unter der Bahnüberführung in der Holzendorferstraße zwei Arbeiter an einem Hängegerüst tätig, um Ausbesserungsarbeiten vorzunehmen. Es ist die 66-Pfeiler-Brücke, die in der Holzendorferstraße sehr niedrig über dem Straßenbannweg liegt. Der Fahrer eines Turmwagens der Straßenbahn, der in überaus schneller Fahrt die Holzendorferstraße passierte, gewahrte das Hindernis erst, als es zu spät war. Ein Ausweichen war nicht mehr möglich, und so raste der Wagen mit voller Wucht gegen einen der Brückenquerbalken, an dem das Arbeitsgerüst angebracht war. Der Zusammenstoß war von einer solchen Heftigkeit, daß die beiden Arbeiter, der 43jährige Otto Stengel aus der Jägerstraße 41 zu Potsdam und der 64 Jahre alte Paul Schönlich aus der Christstraße 30 zu Charlottenburg in weitem Bogen vom Gerüst auf die Straße geschleudert wurden, wo sie mit schweren inneren und äußeren Verletzungen demüthlos auf dem Pflaster liegen blieben. Hinzukommende Postanten alarmierten sogleich das Rettungswesen, das nach kurzer Zeit mit einem Wagen eintraf und die beiden lebensgefährlich Verletzten in das Westend Krankenhaus brachte. Sogleich am Unfallort angeordnete Untersuchung belastete den Chauffeur des Turmwagens. Postanten sagten aus, daß er viel zu schnell gefahren sei und dadurch die Katastrophe heraufbeschworen habe. Er wurde von der Schutzpolizei festgenommen und zur Vernehmung nach dem nächsten Polizeirevier gebracht.

Gegen die Mieterhöhungen.

Gestern abend sprach an Stelle des nach Dresden in Parteigeschäften gereisten Gen. Silbermann, in einer Versammlung der Parteifunktionäre Groß-Berlins, Landgerichtsrat Gen. Ruben, gegen die Erhöhung der Mieten. Er führte aus, daß nach Erledigung der Volksvorlage das Mieterproblem im Zentralkomitee der Interessen stehen werde. Ausländische Organisationen, wie die der Schweiz und Desterreichs, hätten dank ihrer Geschlossenheit große Erfolge in dieser Frage zu verzeichnen gehabt, dort werde der Kampf gegen den Mietwucher großzügig geführt, während er hier in Deutschland nur ein Kleinriegel sei. Die meisten Genossen nähmen das Mieterproblem noch nicht so wichtig, wie es tatsächlich sei. Hier müsse eine großangelegte Propaganda und Organisation einsetzen. In allen Bezirken und Teilen Deutschlands und Berlins müßte hierauf gedrückt werden. Der Redner führte dann aus, daß eine neue Organisation geschaffen werden müsse, die sich speziell mit diesen Fragen beschäftige. Sie müsse sich in Abteilungen und Unterabteilungen gliedern, an deren Spitze Vertrauensleute stehen müßten, die in der Wohnungsfrage absolut versiert seien. Aber alles müsse schnell geschehen, sonst wäre es zu spät. Gen. Ruben wies auch die Einwendungen zurück, daß diese neue Organisation Widerstand in der Partei heraufrufen könnte. Sie müsse sich natürlich völlig im Rahmen der SPD. bewegen und dort eine Stellung einnehmen, etwa wie der Arbeits- oder der Wohnungsausschuß. Vor allem aber sei es notwendig, daß auf dem kommenden Parteitag in Heidelberg die außerordentliche Wichtigkeit dieser Frage erkannt werde und darin absolute Einigkeit herrsche. Gen. Ruben schloß seine Ausführungen mit einer Kritik über die letzten Beschlüsse des Steueraussschusses. Er sagte noch, daß die Erhöhung der Mieten auf 100 Proz. in gar keinem Verhältnis stünde zur Aufwertung der Hypotheken. Vor allem aber müsse bei der Mietsteigerung eine definitive Grenze festgelegt werden, denn sonst sei sie eine Schraube ohne Ende.

Ein weißhaariger Unhold.

Gestern nachmittag wurde im Pflanzwald eine 28 Jahre alte Kontoristin Dora Warner, die nach Berlin gekommen war, um hier ihren Bräutigam zu besuchen, von einem älteren Mann angefallen. Sie hatte sich mit ihrem Bräutigam entzweit, ging nach dem Pflanzwald und setzte sich dort weinend auf eine Bank. Ein Mann von etwa 50 Jahren gesellte sich zu ihr, fragte sie, weshalb sie weine und tat, nachdem er die Ursache erfahren hatte, so, als ob er sie trösten wollte. Dann aber machte er ihr einen unflätlichen Antrag und bot ihr 20 M. an. Als sie entrüstet aufsprang und wegging, folgte er ihr und versetzte ihr plötzlich einen so wuchtigen Faustschlag in das Kreuz, daß sie zusammenbrach. Der Hieb schmerzte sie um so mehr, als sie erst kürzlich eine Operation am Rücken überstanden hatte. Sie erlitt einen Krampfanfall und schrie laut auf. Spaziergänger hörten es, nahmen sich ihrer an und ließen sie nach dem Krankenhaus bringen. Der Unhold war unterdessen verschwunden. Er hat fast weißes Haar, schlant gewachsen und trug einen steifen Hut, grauen Rock und Weste, eine schwarze gestreifte Hose und hohe schwarze Schnürschuhe.

Das verräterische „Au“!

Ungewöhnliches Bech hatte gestern nachmittag ein Taschendieb auf der Straßenbahnlinie 11. Er hatte es auf die Brieftasche abgesehen, die ein Fahrgast in der Geschäftstasche trug. Die Brieftasche, eine zusammenschaltbare Doppeltasche, enthielt aber nicht nur Geld, sondern auch Stoffproben, die der Mann zwischen die Klappen gelegt und mit Stecknadeln besetzt hatte. Als der Dieb nun zusah, griff er in die Nadeln und stach sich in die Finger. Er konnte ein lautes „Au!“ nicht unterdrücken. Das Opfer wurde aufmerksam, sah gleich zu und hielt den Dieb fest, bis er ihn der Polizei übergeben konnte. Es ist ein Schneider Kost

aus Marzhan, ein 34 Jahre alter Spezialfl. Der Entappte legte gleich ein Geständnis ab, was bisher in Berlin noch kein einziger Taschendieb getan hat.

Von heute ab Friedrich-Ebert-Straße.

Wer heute die frühere Budapest- und Sommerstraße durchfährt oder durchschreitet, kann an allen Straßenecken „Friedrich-Ebert-Straße“ lesen. Seit den frühesten Morgenstunden war eine Arbeitertonne damit beschäftigt, die Straßenschilder der früheren Budapest- und Sommerstraße durch neue Schilder mit der Aufschrift „Friedrich-Ebert-Straße“ auszuschleifen. Lediglich an der Ecke Bockstraße sowie am Palasthotel stehen noch die alten Schilder. Wie aber von dem ausführenden Unternehmer mitgeteilt wurde, werden auch diese Anfang nächster Woche verschwinden. Bisher sind 12 Straßenschilder ausgewechselt worden.

Nächtliches Berlin.

Aushebung zweier Vergnügungsstätten.

Zwei Schmutznesten wurden in der gestrigen Nacht von der Kriminalpolizei ausgehoben. Das eine ist das „Café Rational“ in der Friedrichstraße, das die Behörden schon oft beschlagnahmt haben. Hier luden die Mädchen, die unten verkehrten, männliche Gäste nach dem oberen Raume ein, wo ihnen angedeutet besondere Genüsse geboten wurden. Diese Genüsse waren in Wirklichkeit Gemeinheiten niedrigster Art. Der Eintritt kostete 20 M. Den Gästen wurden dann zwei Skizzenbücher mit Schmutzmalereien herumgereicht. Der Eintritt in jedes kostete 5 M. Für Getränke wurden Wucherpreise verlangt und bezahlt. Nach den erforderlichen Beobachtungen hoben Kriminalpolizei und Schutzpolizei das Rest aus und brachten fünf Gäste, zwei Kellner und acht Mädchen zur Feststellung nach der Wache. Das Café wurde geschlossen, gegen den Wirt beim Bezirksamt der Antrag auf Konzessionsentziehung gestellt.

Wochenlange Beobachtungen überzeugten die Kriminalpolizei, daß in dem Hause Sneyenaustraße 89 im 2. Stock in den Räumen einer Witwe H. Radtänge veranstaltet wurden. Um 3 Uhr nachts ging die Polizei vor. An der Ecke der Sneyenau- und Poststraße erkannte ein Spanner einen der Beamten und gab ein verabredetes Warnungszeichen, indem er seinen steifen Hut abnahm und ihn über die Straße rollen lassen wollte. Bevor jedoch die Spannerkette das Zeichen sah, ergriff der Beamte den Hut, drückte ihn dem Spanner wieder auf den Kopf und bereitete dadurch die Warnung. So gelang es, Eintritt zu bekommen, um die Gesellschaft zu überfallen. Es wurden 12 Gäste angegriffen und einige Radtänzerinnen. Die ganze Gesellschaft mußte den Weg zum Polizeipräsidium antreten.

Pferdegeßel. Einen sonderbaren Unfall beim Baden an nicht freigegebener Stelle erlitt der 13 Jahre alte Schüler Paul L. aus der Winterfeldstraße. Der Knabe hatte mit mehreren gleichaltrigen Kameraden eine Partie nach dem Grunewald gemacht, und sie wollten in der Krümmen Lanke ein Bad nehmen. L. war der erste, der sich entkleidete hatte und in das Wasser ging, kam aber bei dem Weiterstreiten in eine etwas sumpfige Stelle. Plötzlich fing er krampfhaft an zu schreien. Seine Kameraden eilten zu Hilfe und holten ihn aus dem Wasser. An beiden Beinen hatten sich etwa 30 Pferdegeßel festgebissen und begannen Blut zu saugen. Gewaltsam entfernten die Knaben die ekligen Tiere; da jedoch die Blutungen nicht aufhörten, brachten sie den Verunglückten nach Hause. Der herbeigeholte Arzt sorgte zwar für lachgemäße Hilfe, jedoch hatte der Knabe vor allem infolge des Schreies Schaden an seiner Gesundheit erlitten.

Um 5000 Mark. Der Stadtkassierer einer Berliner Versicherungsgesellschaft brannte im Mai 1924 mit 5000 Mark durch und versuchte, nach Desterreich zu flüchten. Beim Grenzübertritt wurde er jedoch angehalten und verhaftet. 3000 Mark wurden ihm abgenommen, den Rest hatte er zwischen den Stiefelsohlen versteckt. Auf dem Transport nach Berlin entpurrte er wieder, fuhr nach Köln und ließ sich zur Fremdenlegation anwerben. Im Frühjahr dieses Jahres floh er und kehrte nach einer abenteuerlichen Flucht über Italien und die Tschechoslowakei nach Deutschland zurück. Auf Grund des seinerzeit erlassenen Haftbefehls nahm ihn die Polizei in Breslau fest. So erhielt er doch noch die verdiente Strafe, das Schöffengericht Schöneberg erkannte wegen Unterschlagung auf 2 Monate Gefängnis bei Strafaussetzung.

Raubüberfall. Auf der Hamburger Chaussee wurde gestern nachmittags ein junger Mann der Bornemannschen Hingsschule in Staaken von Räubern überfallen, indem sie ihm Pfeffer in die Augen streuten und ihm 600 Mark Lohngebehr raubten. Das Ueberfallkommando von Staaken nahm sofort die Verfolgung der Verbrecher auf.

Deutsch-schwedischer Kinderentwurf. Auf schwedische Anregung ist in diesem Sommer ein Austausch deutscher und schwedischer Schulkinder unter Gegenseitigkeit in den betreffenden schwedischen beziehungsweise deutschen Familien für die Dauer von jeweils sechs Wochen. Der Zweck ist außer gesundheitlicher Erholung die Förderung der gegenseitigen Kenntnis von Angehörigen der beiden Völker, ihrer Sprache und Kultur. Aus Schweden sind bereits zwei Transporte in Deutschland unter persönlicher Führung des schwedischen Leiters Dr. Ragnar Stigen eingetroffen. Gleichzeitig hat der zweite deutsche Transport unter Führung des deutschen Leiters, Studienrat Dr. Gerloff, Berlin verlassen.

Ein „Verkehrshaus“ der Stadt Berlin. Das Haus Budapeststraße 5 (jetzt Friedrich-Ebert-Straße) wird zurzeit zu einem „Verkehrshaus“ für den Berliner Magistrat umgebaut und soll nach Fertigstellung außer dem Verkehrsbezogen im Erdgeschloß zwei Etagen des Fremdenverkehrsbureaus der Stadt Berlin aufnehmen. Der Entwurf liegt in den Händen des Architekturbureaus „Bau und Einrichtung“.

Amerikanische Apotheker in Berlin. Am Dienstag, den 21. Juli, treffen in Berlin etwa 100 deutsch-amerikanische Apotheker unter Führung des Schriftleiters der „New Yorker Apothekerzeitung“, Hugo Kantrowitz, zum Besuche der Reichshauptstadt ein. Von Berlin werden die Besucher ihre Reise nach Süddeutschland fortsetzen, und auch dort wie in Berlin eines herzlichsten Empfanges sicher sein.

Die Verwaltung des Zoologischen Gartens hat sich entschlossen, um den Wünschen vieler Besucher entgegenzukommen, den Abend- und Nachtbesuch von 7 Uhr ab auf 75 Pf. für Erwachsene zu ermäßigen.

Die amerikanische Kasse in Höhe von 6 1/2 Millionen Dollar ist am heutigen Sonnabend durch die Deutsche Bank der Berliner Stadtkasse ausgegahlt worden.

Jubiläum. Seine goldene Hochzeit feiert heute das Ehepaar Heinrich Rod. Parthenhof, Chausseestraße 301. Die Jubilare sind seit 40 Jahren Verheiratete.

Der gemeinnützige Verein belmaffreuer Offpreußen, Erdbeergruppe, veranstaltet am Sonntag, 19. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Garten der Badbrauerei, Fildisstraße, eine schlichte Gedenkstunde, anlässlich der fünfzigjährigen Wiederkehr der Abstammung in Ost- und Westpreußen. Eintritt 50 Pf.

Das heutige Kinderfest im Zoo beginnt um 3 Uhr nachmittags. Die Besuche für Kinder sind in 3 Gruppen eingeteilt: die Kleinsten bis zu 6 Jahren, die Mitteln bis zu 10 Jahren und die Ältesten bis zu 15 Jahren und eine Gruppe für Kinder über 11 Jahre, für deren Besuche keine Eintrittskarte als Beweis genommen wird.

Eine Berlinerin tödlich abgestürzt. Beim Abstieg vom Schmalztopf in den Neudorfer Bergen ist Fräulein Erna Jakob, Kassiererin im Warenhaus Wertheim, abgestürzt. Sie ist drei Stunden nachher gestorben.

